

Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	44. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2018/044)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 18.04.2018
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

CDU

Vorkamp, Thomas
Benölken, Franz
Hackfort, Bernhard
Hemsing, Klaus
Isferding, Ute
Kreuziger, Petra
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Reimering, Ansgar
Rudde, Christian
Terbrack, Karl Heinz
Terhaar, Johannes
Terhalle, Josef
Wantia, Beatrix
Wittenbrink, Thomas
Woltering, Maria

SPD

Dönnebrink, Andreas
Brüning, Dietmar
Fischer, Mathilde
Gerick, Alfons
Heitmann, Helene
Herickhoff, Hermann Josef
Lambers, Klaus
Niestegge, Ludwig

UWG

Ruwe, Felix
Beckers, Andreas
Heijnk, Annegret
Homann, Dieter
Kersting, Hubert
Schulte, Renate

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

ab TOP 6.1 öS anwesend

WGW

Haveloh, Hermann Josef
Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Leuker, Werner
Beckmann, Georg

stellv. Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

CDU

Blickmann, Michaela
Büning, Stefan
Große-Schwiep, Josef
Lefert, Heinrich

SPD

Terbeck, Walter

UWG

Lange, Hanne

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

FDP

Klein, Wolfgang

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 43. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 21.03.2018
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Umbesetzung im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt;
Antrag der UWG-Fraktion vom 26.03.2018
- 4 Anzeige von Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin für das Jahr 2017
- 5 Ermächtigungsübertragung von 2017 nach 2018 gemäß § 22 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW)
- 6 Anträge der Fraktionen
- 6.1 Entwicklung der Feuerwehr;
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.03.2018
- 7 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 43. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 21.03.2018

Die Niederschrift über die 43. öffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 21.03.2018 wird anerkannt.

2 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohner/innenfragen vor.

3 Umbesetzung im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt; Antrag der UWG-Fraktion vom 26.03.2018 A/2018/0131

Der Rat beschließt auf Vorschlag der UWG-Fraktion folgende Umbesetzung im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt:

für das bisherige Ausschussmitglied Klaus Volkery ehemals Hofkamp 23, 48683 Ahaus
Antje Schröder, Thiebrink 32, 48683 Ahaus

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

4 Anzeige von Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin für das Jahr 2017 V/2018/0981

Der Rat der Stadt Ahaus nimmt die Übersicht der Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin zur Kenntnis.

5 Ermächtigungsübertragung von 2017 nach 2018 gemäß § 22 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) V/2018/0973

Ratsherr Terbrack (CDU-Fraktion) fragt an, warum die Erneuerung der Flutlichtanlage im Budget 01-08 noch aufgeführt worden sei. Diese Maßnahme sei seines Wissens nach bereits in 2015 durchgeführt worden.

Beigeordneter Beckmann sagt zu, diese Information nachzureichen.

Anmerkung zur Niederschrift:

Mittel werden noch benötigt, da in Ottenstein ein weiterer Platz mit Flutlicht beleuchtet werden soll. Dies war das Ergebnis eines Gesprächs mit dem FC Ottenstein in der 2. KW 2018:

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) fragt an, ob die Abrechnung der noch offenen Positionen bei der Stadthalle dazu führen werde, dass sich die Gesamtbausumme erhöhe.

Beigeordneter Beckmann antwortet, dass dies nicht der Fall sei, da die Kosten in die Schlussrechnung bereits mit aufgenommen worden seien.

Der Rat nimmt die Übertragung von Ermächtigungen aus dem Haushalt 2017 nach 2018 gemäß § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) zur Kenntnis.

6.1 Entwicklung der Feuerwehr; Antrag der CDU-Fraktion vom 23.03.2018 A/2018/0132

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erläutert den Antrag. Im Rat sei entschieden worden, dass die Thematik Feuerwehr durch Diskussionen und transparente Informationen grundsätzlich enger an die Politik gebunden werden solle. Hier sei die Vorberatung von Fragestellungen im Haupt- und Finanzausschuss sinnvoll.

Beigeordneter Beckmann geht zunächst auf die Frage nach dem Sachstand der Baumaßnahmen ein. Für das Feuerwehrgerätehaus in Wüllen arbeite man derzeit an der Änderung des Flächennutzungsplans und der Aufstellung des Bebauungsplans. Im zweiten Quartal 2019 könne man mit dem Abschluss der Genehmigungsphase rechnen, so dass Mitte 2019 die Bauarbeiten beginnen könnten. An der Stadtortwache Ahaus-Nord finde am 07.05.2018 der erste Spatenstich statt. Die Fertigstellung der Maßnahme sei für Februar 2019 geplant.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass die weiteren von der CDU-Fraktion vorgelegten Fragen Gegenstand der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes seien und im Haupt- und Finanzausschuss im Detail erörtert würden. Die Fragen werden von ihm wie folgt beantwortet:

Hinsichtlich der Weiterentwicklung an der Hauptwache habe es Anfang April einen Austausch mit der gesamten Leitung der freiwilligen Feuerwehr und einem Planungsbüro gegeben, das die Bedarfe am Standort Adenauerring für die Feuer- und Rettungswache, für den Löschzug Ahaus und die Jugendfeuerwehr ermitteln solle. Nach der Aufnahme des Ist-Zustandes, solle ein Konzept für einen neuen Flächen- und Raumplan erstellt werden, dem sich dann ein Zeitplan für die Umsetzung anschließen. Der Kreis Borken müsse mit einbezogen werden, da rettungsdienstliche Belange berücksichtigt werden müssten. Aufgrund der unterschiedlichen Interessens- und Anforderungslagen müsse das Ergebnis des Fachbüros abgewartet werden, bevor dann auch der Fachbereich Immobilienwirtschaft tätig werden könne.

Die Anrechenbarkeit der rettungsdienstlichen Mannschaften für den abwehrenden Brandschutz müsse künftig anders als bislang praktiziert werden. Während bislang beide Rettungswagenbesatzungen auch für den abwehrenden Brandschutz bei zeitkritischen Ereignissen zur Verfügung gestanden hätten, müsse aufgrund geänderter Erlasslage künftig ein Rettungswagen für die Notfallrettung einsatzbereit bleiben. Auch könne eine Rettungswagenbesatzung nur dann für den abwehrenden Brandschutz eingesetzt werden, wenn zum Zeitpunkt der Feuerwehralarmierung beide Bestzungen verfügbar seien. Die Fa. ORGAKOM erarbeite die Fortschreibung der Brandschutzbedarfsplanung, es erfolge eine enge Abstimmung mit der Bezirksregierung Münster. Auch die Einbeziehung von ehrenamtlichen Kräften und die Verzahnung mit den hauptamtlichen Beschäftigten sei eine Kernaufgabe, die ORGAKOM analysiere.

Im Folgenden führt Erster Beigeordneter Althoff die vor kurzem getätigten und künftigen Anschaffungen von technischer Ausstattung, Fahrzeugen, digitalen Funkgeräten sowie Schutzbekleidung aus. Sämtliche Anschaffungen erfolgten in enger Abstimmung mit den einzelnen Löschzügen.

Welche Maßnahmen als Konsequenz aus der Datenerhebung- und auswertung der Fa. ORGAKOM ergriffen werden müssen, um die Schutzziele zu erreichen, werde als Ergebnis dem fortgeschriebenen Brandschutzbedarfsplan zu entnehmen sein.

Um auch künftig viele ehrenamtliche Feuerwehrleute für die Arbeit zu motivieren, gäbe es zum einen eine Vielzahl an finanziellen Aufwandsentschädigungen, zum anderen würden z.B. Führerscheinausbildungen und Schwimmbadbesuche bezahlt. Die Zusammenarbeit und die Verzahnung der freiwilligen und hauptamtlichen Kräfte zeigten sich immer wieder als sehr positiv und es gelte gerade den Ehrenamtlichen ein großer Dank. Auch aus finanzieller Sicht, so die Auswertung und der Vergleich, habe sich das Zusammenspiel als vorteilhaft dargestellt.

Der weitere Weg sei, dass nun die Auswertung des Planungsbüros abgewartet und im Anschluss zunächst die Ausarbeitung der Bezirksregierung Münster vorgelegt werde. Die Bezirksregierung Münster habe sich vorbehalten, dass ihr der überarbeitete Entwurf des Brandenschutzbedarfsplans vor der Verabschiedung durch den Rat zunächst zur Einsicht zur Verfügung zu stellen sei. Danach erfolge die Erörterung und Beratung im Haupt- und Finanzausschuss. Erst dann die Beschlussfassung im Rat.

Fraktionsvorsitzender Haveloh (WGW-Fraktion) fragt an, ob Zahlen vorlägen, wie häufig die Rettungswache Ahaus Unterstützung durch die benachbarten Feuerwehren aus Heek oder Stadtlohn anfordere.

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass diese Zahlen ermittelt und auch dem Planungsbüro für weitere Ausarbeitungen zur Verfügung gestellt worden seien. Diese Fallzahlen seien sehr gering.

7 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

Fragen des Rates

- Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) zur Terminierung der Anwohnerversammlung Gesamtschule
Beigeordneter Beckmann teilt mit, dass ein Termin für die Infoveranstaltung zu den Verkehrsflächen an der Gesamtschule noch nicht festgesetzt worden sei.
- Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) zur Schülerbeförderung der Buslinie 823 nach Ottenstein
Beigeordneter Leuker sagt zu, dass er klären werde, warum Schüler bei Abholung morgens am Sportplatz einsteigen und bei Rückkehr in Ottenstein nur an der Haltestelle Textilstraße aussteigen könnten.

Anmerkung zur Niederschrift:

Der Fachbereich Sicherheit und Ordnung ist mit dem RVM in der Frage, ob nicht beide Haltestellen auch nachmittags angefahren werden können, in Verhandlungen. Eine Klärung wird bis Mitte des Jahres zu erwarten sein.

- Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) zur ersten Sitzung des Gestaltungsbeirates
Beigeordneter Beckmann informiert darüber, dass der Gestaltungsbeirat über die Wahl in der letzten Ratssitzung informiert worden sei. Nun sei man gerade dabei einen Termin für eine erste Sitzung abzustimmen.

- Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) zu präventiven Maßnahmen bei Großschadensereignissen, insbesondere bei Entsorgungsbetrieben
Ratsherr Terhalle (CDU-Fraktion) erläutert, dass Entsorgungsbetriebe immer ein großes Gefahrenpotential darstellten. Aufgrund der Komplexität sei es schwierig im Vorfeld ein Szenario zu entwerfen und präventive Maßnahmen festzuschreiben.

Erster Beigeordneter Beckmann ergänzt, dass die Entsorgungsbetriebe im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes der Aufsicht der Bezirksregierung unterlägen und die sei auch in der Pflicht, geeignete Vorkehrungen zu veranlassen.

- Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) zu den sich verzögernden Straßen- und Kanalbauarbeiten an der Fuistingstraße, 2. Bauabschnitt
Beigeordneter Beckmann berichtet über die Information des Kreises Borken, dass es im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens keine Angebote gegeben habe. Man wolle im Herbst 2018 das Verfahren von neuem aufrollen.

- Ratsherr Terbrack (CDU-Fraktion) zur Bewerberlage für die neu geschaffene Stelle im Hochbau
Bürgermeisterin Voß antwortet, dass sie derzeit keine Übersicht über die Anzahl der eingegangenen Bewerbungen habe. Nach dem Ablauf der Bewerbungsfrist werde eine Übersicht der Bewerberlage erstellt.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die Antwort von Bürgermeisterin Voß bezog sich nicht auf die Stelle im Hochbau (FB Immobilienwirtschaft), sondern auf die zum damaligen Zeitpunkt ausgeschriebene Stelle eines Tiefbauingenieurs im Fachbereich Tiefbau und Entsorgung. Hier sind insgesamt acht Bewerbungen eingegangen. Die Stelle des Elektrikers mit zusätzlicher Aufgabenstellung im Fachbereich Immobilienwirtschaft wurde inzwischen intern besetzt. Am 12.05.2018 wird dann für den Fachbereich Immobilienwirtschaft die zusätzliche Stelle eines Architekten / Ingenieurs öffentlich ausgeschrieben.

- Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) zum Thema europäische Datenschutzgrundverordnung
Bürgermeisterin Voß informiert darüber, dass die Stadt Ahaus natürlich auch den Regelungen der neuen Datenschutzgrundverordnung unterliege. Im Rathaus sei ein Datenschutzbeauftragter bestellt, der sich mit den Anforderungen für die Verwaltung befasse. Darüber hinaus lasse sich die Stadt Ahaus durch die Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West (KAAW) beraten. Erst in der vergangenen Woche habe ein Mitarbeiter in einer Besprechung des Verwaltungsvorstandes und der Fachbereichsleiter über die Umsetzung und die Aufgabenstellungen bei der Stadt Ahaus berichtet.
- Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) zur Tanzsteuer
Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass es den Unternehmen nicht auferlegt werden könnte, die Vergünstigungen durch die Tanzsteuer an die Jugendlichen in welcher Form auch immer weiterzugeben. Es sei nicht kontrolliert worden, ob ggf. Eintrittspreise reduziert worden seien.

- Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) zu den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst
Bürgermeisterin Voß sagt zu, die Informationen zu den Auswirkungen auf den städtischen Haushalt nachzureichen.

Anmerkung zur Niederschrift:

Bei der Ermittlung der Personalaufwendungen für das Jahr 2018 wurde mit einer Steigerung der Löhne nach Neuabschluss des Tarifvertrages ab dem 01.03.2018 von 2,5 % kalkuliert. Tatsächlich liegt die Steigerung bei 3,19 %, so dass für das Haushaltsjahr 2018 mit zusätzlichen Personalaufwendungen von rund 80.000,00 € zu rechnen ist.

Mitteilungen der Verwaltung

- Bürgermeisterin Voß zum Thema Stadtradeln
Die Stadt Ahaus werde, wie im vergangenen Jahr, als Kommune im Kreis Borken wieder vom 01. bis zum 21.05.2018 am Stadtradeln teilnehmen. Es wäre schön, wenn auch Vertreter aus dem politischen Raum sich beteiligen würden.
- Bürgermeisterin Voß zum Thema Klima- und Naturschutzmonat Mai
Der Klima- und Naturschutz werde im Mai mit einem Programm mit unterschiedlichen Aktionen in den Blickpunkt gesetzt. Weitere Informationen gebe der ausgeteilte Flyer und die Homepage der Stadt Ahaus.
- Beigeordneter Beckmann zum Fällen von Bäumen an der Heeker Straße
Die Stadtwerke Ahaus GmbH habe mitgeteilt, dass mit den Neupflanzungen in der kommenden Woche begonnen werde.

gez. Karola Voß
Vorsitzende

Doris Zevenbergen
Schriftführerin